

**SPÖ-Abgeordnete kritisiert Folgen von Erdölförderung in Ecuador****Utl.: Entwicklungspolitik-Sprecherin Bayr: Erhöhte Krebsrate - Toxische Abwässer in Urwald geleitet =**

Wien (APA) - Die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, hat die Umwelt- und Gesundheitssituation in Ecuador im Zusammenhang mit der dortigen Erdölförderung und Ölproduktion kritisiert. Es passierten in dem südamerikanischen Land "wöchentliche Pipeline-Unfälle", es trete in der Bevölkerung eine erhöhte Krebsrate auf, und "hochtoxische" Abwässer würden in den Urwald geleitet, berichtete die Nationalratsabgeordnete, die Ecuador vor Kurzem bereist hat, am Dienstag in Wien bei einer Veranstaltung des österreichischen Klimabündnisses laut einer Aussendung.

"Obwohl die Ölförderung in Ecuador gigantische Ausmaße annimmt", schaffe dieser Sektor nur wenig Arbeitsplätze; nur 0,5 Prozent der Bevölkerung seien dort beschäftigt. Gerade die Erdölregion sei die ärmste des Landes, so Bayr. Selbst die Zentralregierung in Quito, "die wenig Mitsprache der Menschen vor Ort zulässt", erhalte nur 20 Prozent der Gewinne aus dem Erdöl. Menschenrechte würden in den Gebieten mit Erdölförderung "praktisch nicht existieren", das Militär gebe den Ölkonzernen einen Freibrief zu bestimmen, welche Regeln auf ihrem Territorium gelten.

"Gegenüber der Wirtschaft wiegen Umwelt- und Menschenrechte wenig", beklagte die SPÖ-Entwicklungshilfesprecherin. Sie forderte, zu überprüfen, "inwieweit österreichische Firmen in die Erdölförderung in Ecuador involviert sind", wie es die OMV bis September 2005 gewesen sei. Zudem solle man in Europa die Prozesse ecuadorianischer Opfer von Umweltschäden durch die Ölförderung des US-Konzerns Texaco genau beobachten. Ferner warnte die Abgeordnete vor dem Aussterben indigener Völker in den Amazonas-Gebieten Ecuadors und forderte, dass Österreich die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz indigener Völker unterzeichne.

(Schluss) mri/er

APA353 2005-11-22/12:47

221247 Nov 05